



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Martina Fehlner, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Ruth Müller SPD

Drs. 18/281, 18/1260

„Ausbildungsoffensive Pflege“ auch in Bayern zügig umsetzen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege zeitnah über ihre Vorhaben im Rahmen der „Ausbildungsoffensive Pflege“ zu berichten.

Die Staatsregierung soll dabei insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

1. Verfügt Bayern nach Auffassung der Staatsregierung über ausreichend Ausbildungsplätze für die Pflegeberufe, um den steigenden künftigen Bedarf zu decken? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Ausbildungsplätzen?
2. Welche Auffassung vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf ihre Pflicht, die Investitions- und Mietkosten der Pflegeschulen zu tragen, die nicht aus dem Ausgleichsfonds refinanzierbar sind? Wird die Staatsregierung diese Kosten übernehmen?
3. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung im Hinblick auf eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Träger der praktischen Ausbildung und der Pflegeschulen ergreifen? Welche Regelungen plant die Staatsregierung gemäß § 8 Abs. 1 Satz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe (PflAPrV)? Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung im Hinblick auf die Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Lernorte auf regionaler Ebene?
4. Wie wird die Staatsregierung darauf hinwirken, dass die Pflegeschulen ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal zur Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes vorhalten? Welche Position vertritt die Staatsregierung im Hinblick auf Standards für die Qualifikation von Lehrkräften an Pflegeschulen?
5. Wie sollen nach Auffassung der Staatsregierung die vor dem 01.01.2020 nach den bisherigen Vorschriften des Krankenpflegegesetzes und des Altenpflegegesetzes begonnenen Pflegeausbildungen in die neuen Ausbildungsnormen nach § 66 Pflegeberufereformgesetz übergeleitet werden?
6. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung zur Bereitstellung einer bedarfsgerechten Anzahl von Studienplätzen für die hochschulische Pflegeausbildung ergreifen? Wie wird die Staatsregierung auf eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen in der Pflegepädagogik hinwirken?

7. Wie wird die Staatsregierung die Träger der praktischen Ausbildung und ihre Verbände dabei unterstützen, die Pflegeberufe in den allgemeinbildenden Schulen vorzustellen und bekannt zu machen?
8. Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung ergreifen, um den Schülerinnen und Schülern der Pflegeschulen den Zugang zu den schulpsychologischen Diensten der Kommunen zu eröffnen? Wie bewertet die Staatsregierung die Einrichtung einer Ombudsstelle zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Trägern der praktischen Ausbildung?
9. Wie bewertet die Staatsregierung die Berücksichtigung von Ausbildungsleistungen, die im Laufe einer nicht erfolgreich abgeschlossenen Fachkraftausbildung erbracht wurden, im Rahmen der landesrechtlichen Pflegehelfer- und Pflegeassistentenausbildung? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung die Pflegehelfer- und Fachkraftausbildung so gestaltet werden, dass bei erfolgreichem Abschluss der Helfer- Ausbildung der nahtlose Übergang in die Pflegefachkraftausbildung möglich ist? Wie kann nach Auffassung der Staatsregierung durch eine Modularisierung der Helfer-, Assistenz- und Fachkraftausbildung in der Pflege die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungsgängen auch über Ländergrenzen hinweg erhöht und die Weiterqualifizierung erleichtert werden?
10. Welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um berufserfahrenen Pflegefachpersonen einen fachgebundenen Hochschulzugang zu ermöglichen?
11. Wie wird die Staatsregierung die Darstellung des Berufsbilds der professionellen Pflege in Zukunft nach außen tragen und dafür Werbung machen?

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident